

## Liebe Leserin, lieber Leser,

zum neuen Jahr grüße ich Sie herzlich. Wir alle hoffen, dass 2025 zu einem Jahr der Richtungsänderung wird, damit wir wieder zuversichtlich in die Zukunft schauen können.

Leider ist in den letzten Jahren unsere Welt in Unordnung geraten. Das gilt nicht nur für die globale Sicherheitsarchitektur, sondern auch für die wirtschaftliche Basis unserer Gesellschaft in Deutschland. Nach Jahrzehnten in äußerer Sicherheit und mit wirtschaftlichem Aufschwung müssen wir jetzt feststellen, dass wir aus unserer „Komfortzone“ herausgerissen werden.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und Elementen einer hybriden Kriegsführung durch Angriffe auf wichtige Versorgungsleitungen steht plötzlich die äußere Sicherheit in Deutschland wieder stärker im Fokus. Auch im Nahen Osten und in Ostasien gibt es Krisenherde, die Einfluss auf unsere Sicherheit und unseren Wohlstand haben. Darum werden wir nicht umhinkommen, einen größeren Teil unseres Bruttoinlandsproduktes wieder für die Verteidigung und den Zivilschutz auszugeben. Dass dieses nicht unmöglich ist, zeigen uns die Erfahrungen aus dem kalten Krieg bis zum Ende der 1980er Jahre, in denen es uns auch gelungen ist, drei Prozent der Jahreswirtschaftsleistung für den äußeren Schutz auszugeben.

Schwierig ist die wirtschaftliche Entwicklung: Im globalen Wettbewerb fallen wir derzeit zurück. Das ist für ein exportorientiertes Industrieland ein großes Problem. Die von der Politik beabsichtigte „grüne Wirtschaftswende“ erbringt nicht die erhofften ökonomischen Erfolge. Unsere Wirtschaft schrumpft und die Beschäftigung geht zurück!

Damit vergrößern sich die ohnehin vorhandenen Probleme in Deutschland: Die dringend benötigten Steuereinnahmen für die innere und äußere Sicherheit, die Bildung und den Ausbau der Infrastruktur werden nicht mehr in dem Umfang erwirtschaftet, wie es notwendig wäre. Und die ungelösten demographischen Probleme unserer Sozialversicherungssysteme werden durch die sinkenden Beitragseinnahmen bei weiter zunehmenden Leistungsanforderungen noch weniger beherrschbar. Darum ist hier dringend ein Umsteuern notwendig!

Der Bund der Steuerzahler hat seit Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt. Jetzt muss auch der letzte Träumer erkennen, dass es so nicht weitergehen kann. Positiv ist, dass unsere Vorschläge für die notwendigen Richtungsänderungen bereits fertig ausgearbeitet in der Schublade liegen. Sie müssen nur beherzt angegangen werden!



Am wichtigsten ist eine Reform der Einkommensteuer, damit es sich gerade für niedrige und mittlere Einkommensbezieher wieder lohnt, mehr zu arbeiten. Darum dürfen auch die Beiträge für die Sozialversicherung als größte Belastung der Einkünfte nicht weiter ansteigen. Das Steuerrecht muss konsequent vereinfacht werden, am besten dadurch, dass die Anzahl der verschiedenen Steuerarten radikal reduziert wird. Das Arbeiten und Wohnen muss wieder günstiger werden, dieses geht am besten durch niedrige Energiepreise. Für Wirtschaft und Pendler muss die Infrastruktur wieder leistungsfähiger werden. Mit einer konsequenten Digitalisierung kann unsere Verwaltung effizienter arbeiten und braucht weniger Personal.

Wenn wir die notwendigen Reformen jetzt beherzt anpacken, können wir die Zukunftsaufgaben erfüllen, ohne unseren Kindern und Enkelkindern weitere Schulden zu hinterlassen. Die Schuldenbremse muss erhalten bleiben, und die Defizite in der Erhaltung unserer Infrastruktur müssen von uns beseitigt werden. Hierfür müssen in 2025 die notwendigen Weichen gestellt werden, damit wir alle zusammen wieder die Ärmel aufkrempeln und mehr Leistung schaffen können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein erfolgreiches, gesundes und friedvolles Jahr 2025 mit viel Zuversicht!

*Ihr Dr. Aloys Altmann*

# Fähre Missunde aus anderer Sicht

## Gastbeitrag von Wolf Paarmann, Pressesprecher des LKN.SH

Der Beitrag über die neu gebaute Fähre „Missunde III“, die bis heute auf der Schlei nicht zum Einsatz gekommen ist, gehörte zu den Fällen im Schwarzbuch 2024/25, die die meiste Aufmerksamkeit in der bundesweiten Öffentlichkeit erreicht haben. Im Vorfeld hatten wir uns auch schon im Nord-Kurier kritisch mit den Planungen des Landesbetriebs Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) auseinandergesetzt. Der LKN.SH fühlt sich in der Berichterstattung nicht immer fair behandelt. Wir geben deshalb an dieser Stelle dem Pressesprecher des LKN.SH, Wolf Paarmann, die Gelegenheit, seine Sicht auf die Fähre „Missunde III“ darzulegen. Dabei legen wir aber Wert auf die Feststellung, dass alle vom Bund der Steuerzahler berichteten Fakten aus offiziellen Unterlagen des Landes Schleswig-Holstein stammen. Dass wir darüber hinaus auch unsere Meinung äußern und diese vielleicht auch einmal etwas kritisch zuspitzen, gehört zu den Aufgaben eines Verbandes, der sich für die wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Steuergelder einsetzt. Der folgende Text von Wolf Paarmann stellt also ausschließlich seine persönliche Sichtweise dar:

Wer als Behörde eine Fähre für die Summe X verkauft und sie dann für 6 mal X zurückkaufen muss, weil die Nachfolgerin bei Testfahrten erst einmal durchfällt, muss sich nicht wundern, wenn er im Schwarzbuch landet. Auch nicht darüber, dass Comedy-Shows wie „Extra3“ oder „Mario Barth deckt auf“ über die „Missunde II“ und „Missunde III“ berichten, die eigentlich ganz friedlich im Kreis Rendsburg-Eckernförde (Schleswig-Holstein) über die Schlei pendeln. Oder, wie im Fall der elektrisch betriebenen „Missunde III“, pendeln sollen.

Die Fährlinie wird im Auftrag vom Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN.SH) betrieben, dessen Pressesprecher ich bin. Es sind Fehler passiert, das ist unbestritten. So haben wir es beispielsweise versäumt, die Region in unsere Pläne einzubinden. Und es ist die Aufgabe der Medien, darüber zu berichten, schließlich geht es um Steuergelder. Beunruhigt hat das *Wie*. Zugegeben, der Sachverhalt ist komplex und hat sich über Jahre entwickelt. Entscheidungen, die jede für sich logisch gewesen sind, führten am Ende in der medialen Zuspitzung zu X mal Y = 6X. Y? Die in den Medien dargestellte generelle Unfähigkeit von Behörden.

Auffällig ist, dass die Versuchung, den „Missunde-Irrsinn“ medial auf diese Formel zu verkürzen, immer größer wurde. In sonst seriösen Nachrichtensendungen tauchen überraschend Satirebeiträge auf und werden mit falschen Zahlen anmoderiert. Im Regional-TV wird die Stellungnahme des LKN.SH unterschlagen, weil es technische Probleme gab und eine Neuaufnahme nicht in den Zeitrahmen passte. Am Ende wird auch auf das Einblenden der Zitate verzichtet, es heißt, der Chefredakteur habe kein Faible für Texttafeln. In die Tiefe der Materie dringen nur die lokalen Medien vor, „Flensburg Avis“ und der „Schleibote“ beispielsweise. Kritisch, aber sich an Regeln haltend. Sonst? Der Eindruck verstärkt sich in den Monaten der Berichterstattung, dass es vornehmlich um Reichweite und Klickzahlen geht. Offensichtlich regiert die Frage, wie viele Abonnenten denn mit der Berichterstattung über das „Pannenschiff“ gewonnen werden konnten. Und dabei hilft die Formel X mal Y = 6X.



Die Solarfähre „Missunde III“ fährt nicht wie geplant. Foto: LKN

Auch das Schwarzbuch kann ich von dieser Schwäche für das Klick-Surfen nicht freisprechen. Um die eigene Relevanz zu unterstreichen, helfen große Reichweiten. Und dabei hilft, eine Mutmaßung über einen angeblichen Konstruktionsfehler der „M III“ ohne Bezug auf eine fachlich qualifizierte Quelle in einen Fakt zu verwandeln.

Aber weil das Schwarzbuch eben *DAS* Schwarzbuch ist, dient es den Medien ungeprüft als neue Quelle – und das Rad dreht sich weiter. Eine Boulevard-Zeitung legt schon im Anschreiben die Karten auf den Tisch („wir melden uns in der leidigen Affäre um die Öko-Fähre“). Öko-Fähre ist im aktuellen politischen Klima offenbar ein Schimpfwort geworden. Das gleiche Medium schreibt, dass die Öko-Fähre im Schwarzbuch landen wird, obwohl diese Entscheidung zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht feststeht. Egal, entweder wirkt es investigativ. Oder es versendet sich schlicht im immer wilder werdenden Wettrennen um Klicks.

Neben dem Ritt auf der Klick-Welle ist deutlich geworden, dass diejenigen, die von ihren Medien mit der Berichterstattung beauftragt werden, diese in einem immer kleineren Zeitfenster umsetzen müssen. Das gilt für die inhaltliche Vorbereitung, die nicht selten erst am Schleifufer beginnt. Das gilt auch für die Produktion – Quantität schlägt Qualität – und das Personal. Keine Ausnahme: TV-Produktionen schicken eine Person an den Tatort, um sich um Kamera, Ton, Licht und das Interview gleichzeitig kümmern zu können.

Ich wünsche uns, dem LKN.SH, dass wir einen guten Weg aus dem „Missunde-Irrsinn“ finden. Und ich wünsche unserer Demokratie, dass die Medien weniger das Wellenreiten und wieder mehr ihre Kernaufgabe im Blick haben: Die Recherche. Und für meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in der Medienbranche wünsche ich mir, dass ihnen die dafür nötige Zeit eingeräumt wird.

**Wolf Paarmann**  
Pressesprecher Landesbetrieb für Küstenschutz,  
Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein

# Bessere Vorbereitung

## Prof. Joachim Krause fordert Abschreckung

Wie wahrscheinlich ein großer Krieg in Europa ist, kann niemand sicher vorhersagen. Aber wir müssen unsere Anstrengungen für eine wirksame Abschreckung erhöhen. Dieses sei der beste Schutz vor einer möglichen Ausweitung der Krisen. Das erklärte Professor Joachim Krause bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Bundes der Steuerzahler mit der Hermann Ehlers Akademie in Kiel.

Der ehemalige Hochschullehrer und Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel hielt vor über 180 Besuchern einen viel beachteten Vortrag in den Räumen der Hermann Ehlers Stiftung. Eingeladen hatte dazu gemeinsam mit der Stiftung der Kreisverband Kiel des Bundes der Steuerzahler. Kreisbeiratsvorsitzender Eckhard Heß moderierte die Veranstaltung mit der anschließenden Diskussion.

Die größte Kriegsgefahr gehe nach Einschätzung Krauses von den aktuellen Machthabern in Russland und in China aus. In beiden Fällen handle es sich um autokratische Systeme, deren Regierungschefs sich ganz deutlich und völkerrechtswidrig eine Ausweitung ihrer Machtbereiche zum Ziel gesetzt haben.

In Europa deute alles darauf hin, dass Russland derzeit nicht in der Lage sei, neben dem Angriff auf die Ukraine eine weitere kriegerische Auseinandersetzung zu führen. Jedoch gebe es eine massive Aufrüstungspolitik, die nach einer Erholungsphase in der Folge eines Friedensschlusses schon bald zu einer gefährlichen Machtdemonstration führen könne.

Krause sieht als einzige rationale Antwort darauf, die Verteidigungsfähigkeit der NATO in Europa deutlich zu verbessern. Nur eine starke Streitmacht könne Putin von weiteren Expansionsplänen abhalten. Derzeit verließen sich die westlichen europäischen Staaten noch zu sehr auf eine Bündnisunterstützung durch die USA. Ob der neu gewählte Präsident Donald Trump künftig zu entsprechenden Anstrengungen in Europa bereit sei, könne derzeit noch nicht sicher vorhergesagt werden. Eine weiter zugespitzte Situation im Nahen Osten oder in Ostasien könne die USA auch dazu zwingen, sich stärker auf diese Regionen zu konzentrieren. Auf jeden Fall sei Europa gut beraten, die Verteidigungsbereitschaft gegen mögliche russische Angriffe aus eigener Kraft deutlich zu erhöhen.

Hierzu seien erhebliche finanzielle Anstrengungen erforderlich, erläuterte Krause. Derzeit betrage der reine Verteidigungsetat im Bundeshaushalt rund 50 Milliarden Euro. Dies entspricht in etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Um das NATO-Ziel von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung erfüllen zu können, werde von der Bundesregierung bei der Zurechnung von Aufwendungen stark getrickst. Aber selbst eine Verdoppelung des Verteidigungsetats werde mittelfristig nicht ausreichen. Es sei anzustreben, rund drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben. Dieses sei im Übrigen der Anteil, den die Bundesrepublik Deutschland im kalten Krieg für den Wehretat bereitgestellt habe.



Am Ende der Vortragsveranstaltung in Kiel: Referent Prof. Dr. Joachim Krause mit der Steuerzahler-Flamme, Moderator Eckhard Heß und Steuerzahlerpräsident Dr. Aloys Altmann (von links).

Foto: Hermann Ehlers Akademie, Jonas Makoschey

Dieses setze eine klare Umstrukturierung bei den Prioritäten für den Bundeshaushalt voraus.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie moderne Formen der hybriden Kriegsführung schon heute zu einer Gefahr für das westliche Europa werden. So seien die Angriffe auf Computernetzwerke und wichtige internationale Versorgungsnetze keinesfalls als Zufall zu betrachten. Vielmehr müsse man davon ausgehen, dass Russland hier bereits seine Stärke demonstrieren wolle.

Zum Abschluss machte Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, deutlich, dass der Verband steigende Verteidigungsausgaben für unumgänglich halte. Dieses betreffe nicht nur die militärische Abschreckung, sondern auch die zivile Verteidigung mit der Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft. Möglichen Ausweitungen der Schuldenbremse für diese Zwecke erteilte Altmann aber eine klare Absage.

Der Bundeshaushalt habe nie höhere Einnahmen erzielt als heute. Durch Umschichtungen müsse es möglich sein, den Verteidigungsetat wieder auf das Niveau der 1980er Jahre anzuheben, ohne die Verschuldung und damit die Belastung der Zukunft auszuweiten. Neben einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Bundeswehr komme es vor allem darauf an, Strukturen und Beschaffungsprozesse effizienter zu gestalten. Zum Abschluss überreichte er dem Referenten die symbolische blaue Flamme des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein.

Rainer Kersten  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

# Blick durch das Land



Gemeinde seit 30 Jahren geforderter Radweg entlang einer Kreisstraße enthalten, der in dem Kreiskonzept aber nicht

Eine Bauausschusssitzung in einer Vorortgemeinde von Kiel im November 2024: Eingeladen ist die Beauftragte für Radverkehr der Region Kiel, zu der die Gemeinde gehört. In ihrem Vortrag erläutert sie mit vielen Bildern die Planungen für eine „Prämien-Radrouten“, die das Umland mit dem Stadtzentrum von Kiel verbinden soll.

Erfahrene Kommunalpolitiker fragen sofort nach den Kosten: Diese seien noch nicht ermittelt, aber es gebe eine großzügige Förderung durch das Land aus dem Förderprogramm „Ab aufs Rad“. Dazu müsse die Gemeinde allerdings ein eigenes Radverkehrskonzept durch einen Gutachter erarbeiten lassen.

Die langjährigen Mitglieder des Bauausschusses meinen sich zu erinnern, dass es doch schon Radverkehrskonzepte gibt. Ja, antwortet die Referentin, aber eben noch nicht von der Gemeinde, wie es in dem Förderprogramm vorgesehen sei. Ihr sei ein Radverkehrskonzept des Landes bekannt, eines stamme vom Kreis, die Landeshauptstadt Kiel habe in ihr Radverkehrskonzept auch die Umlandgemeinden mit aufgenommen und außerdem habe die Region ja ebenfalls ein Konzept. Dumm nur, so stellen die Gemeindevertreter bei einem Blick in die Karten fest, dass jedes Konzept andere Streckenführungen vorsehe, die nicht zueinander passten. So sei beispielsweise in dem Landeskonzept ein von der

vorkomme. Hier gebe es nur Radwege an Landes- und Bundesstraßen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, denn schließlich muss der Straßenbaulastträger auch die Kosten des Radweges bezahlen.

Der für Straßen zuständige Vertreter des Bauamtes gibt zu bedenken, dass ein Teil der Fahrradrouten in den Konzepten durch Straßen verlaufe, die von der Gemeinde als Spielstraßen vorgesehen sind. In Spielstraßen dürften aber auch Fahrräder nur maximal 6 km/h fahren. Daher könnten sie nicht als Fahrradrouten ausgewiesen werden.

Eine sichtlich genervte Gemeindevertreterin fragt, wie man denn die unterschiedlichen Konzepte der verschiedenen Ebenen aufeinander abstimmen könne. Die Radverkehrsbeauftragte der Region sieht darin überhaupt kein Problem: Schließlich hätten Stadt, Region, Kreis und Land eigene hauptamtliche Fahrradbeauftragte, die sie alle gut kenne. Sie schlägt vor, einen runden Tisch zu bilden, an dem dann beschlossen werden könne, ein externes Gutachterbüro mit einem „Masterplan“ zu beauftragen, der Vorschläge für eine Abstimmung der unterschiedlichen Fahrradkonzepte enthalte.

Unter den Bürgern in den Zuschauerreihen wird das Gemurmel immer lauter: Man glaubt nicht mehr, dass auch nur ein Meter Radweg gebaut werde, solange man noch selbst Fahrrad fahren könne. Dafür

beschäftigen sich zwei Hände voll hauptamtlicher Verwaltungsmitarbeiter und ein teures Gutachterbüro für die nächsten Jahrzehnte mit dem Zeichnen von bunten Linien auf Straßenkarten.

Aber in Schleswig-Holsteins Kommunen gibt es nicht nur hauptamtliche Beauftragte für den Fahrradverkehr, sondern auch Gender-Beauftragte, die sich ganztags damit beschäftigen, die offizielle Sprache so zu verändern, dass sie allen Geschlechteridentitäten gerecht wird. In einer größeren Stadt hat sich diese Beauftragte jetzt den Begriff „Bauernhof“ vorgeknöpft. Das Problem: Man kann Bauernhof nicht „gendern“, weil weder das Schreiben mit einem großen I, noch die Einfügung eines \*Sternchens zur Lösung führt. Man müsste also „Bauern- und/oder Bäuerinnenhof“ sagen. Das sei nicht praktikabel, wurde in einem Rundschreiben festgestellt. Deshalb solle künftig in der offiziellen Kommunikation nur noch der Begriff „landwirtschaftliche Betriebsstätte“ verwendet werden.

Jetzt sucht man nach griffigen Formulierungen für „Urlaub auf der landwirtschaftlichen Betriebsstätte“, „landwirtschaftliches Betriebsstätten-Café“ und „landwirtschaftlicher Betriebsstätten-Kindergarten“. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man über solche Anekdoten lachen. Das Lachen vergeht den Steuerzahlern aber spätestens dann, wenn ihnen von Politikern erklärt wird, dass für wichtige Aufgaben kein Geld da sei. Wenn sich Menschen hauptberuflich mit Masterplänen für Fahrradkonzepte oder neuen Begriffen für einen Bauernhof beschäftigen können, kann es mit der finanziellen Not der Kommunen ja noch nicht so schlimm sein.

## BdSt intern Termine für 2025

Für den öffentlichen Teil unserer diesjährigen Delegiertenversammlung haben wir Herrn Dr. Philipp Murmann, Präsident der Unternehmerverbände Nord, gewinnen können, für uns ein Vortrag zu halten unter dem Titel „Was muss getan werden, um die Wirtschaft Schleswig-Holsteins wieder auf einen Wachstumspfad zu führen?“

**Die Versammlung findet statt am Dienstag, 8. Juli 2025, in Kiel.**

Die Delegierten erhalten eine persönliche Einladung. Interessierte Mitglieder bitten wir, sich an die Geschäftsstelle zu wenden, wenn sie teilnehmen möchten. Ebenfalls geplant werden derzeit die Mitgliederversammlungen in den Kreis- und Bezirksverbänden des BdSt Schleswig-Holstein. Überall werden wir in diesem Jahr zusammenkommen, um über wichtige Themen der Verbandsarbeit und Probleme im Umgang mit dem Steuergeld vor Ort zu sprechen. Die genauen Termine und Orte werden wir noch mitteilen.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., [www.steuerzahler-sh.de](http://www.steuerzahler-sh.de)

**Redaktion:** Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31 / 99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, Mail: [schleswig-holstein@steuerzahler.de](mailto:schleswig-holstein@steuerzahler.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespresskonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Roger H. Müller, Rainer Kersten

**Erscheinungsweise:** 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

**Auflage:** 7.000, 54. Jahrgang, 1+2/2025

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, Mail: [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de)

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel